

steuer, die auf die Verbraucher abgewälzt war, war für die Zechenbesitzer nicht mehr aufzubringen! Für die deutsche Regierung war es daher selbstverständlich, daß die Reichsbank für die notleidende Industrie eine Stützungsaktion unternimmt. Die Industrie entlastete die Reichsbank von ihrem Devisenbesitz. Und die Industrie entlastete sie richtig. Wie es sich eben für Kapitalisten geziemt. Mit den der Reichsbank abgenommenen Devisen wird jetzt eine Rheinische Goldnotenbank gegründet, was die wirtschaftliche Trennung von Deutschland bedeutet, und den weiteren Abbau des Staates. Das Klein-

Kapital und seinen Helfern. Das Proletariat sollte sich mehr denn je die Erkenntnis aneignen: halbe Wahrheit ist Lüge. Dann würde es nicht hollen auf eine Besserung nach dem Rezept, das die oben zitierte Zeitung im selben Artikel bringt, nämlich: Herabsetzung der Preise. Die Dummheit, daraufhin Luftschlöcher zu bauen, trauen wir jedoch der Weltbewerber und „Öffnung der Grenzen“ verlangt, grinst dahinter vielmehr irgend eine an der Einfuhr interessierte bestimmte Clique. Oder soll der deutsche Kapitalist seine „vollen“ Lager verschenken,

den Arbeitskräfte, nur seine Kraftquellen wo anders zu suchen. Bloß gemacht! Sie sind überall am Versiegen. Die Fäulnis im Kapitals-Körper hat schon die nationalen Grenzen überall überschritten. Die Ringbildung zum Schutze der Profitinteressen ist umgeschlagen von der Höherentwicklung zur Verzweilungsäußerung, in diesem Sinne auch Zweckmäßigkeit.

Das große Rätselraten ist vorbei: jeder Arbeiter ist auf die Aussterbeliste gestellt, wenn er nicht mehr gebraucht wird. Aber der Arbeiter lernt es unglaublich schwer, ebenso aus Zweck-

Straße fort in den Betrieben genommen sind und damit der Druck der Konkurrenz wieder etwas erleichtert ist. Tatsache aber ist auch, daß sie alle das eine dumpfe Gefühl nicht loswerden: es kann so nicht weiter gehen, irgend wann einmal muß diese ungeheure Schinderei in den bürokratischsten Betrieben sich rächen, irgend wann einmal muß der überhöhte Preis der Wirtschaft sich wieder gewaltsam Luft schaffen.

Es ist nicht begrifflich, wenn angeht solcher Tatsache auch eine Partei, die dem Namen und Programm nach auf der revolutionären Überlieferung der KPD zu haben behauptet, in sich selbst unklar wird; wenn sie anfängt, Politik um jeden Preis zu treiben, Erfolg um jeden Preis haben zu wollen.

Aber unsere Aufgabe ist nicht, nach Art von Professoren, Geschäftsleutern und verlebten Frauengimmern „menschlich zu begreifen“; unsere Aufgabe ist, mit eisernen Augen auf die Bewahrung des revolutionären Axtens zu achten und mit harten Worten jede Abirrung zurechtzuweisen.

Die Berliner Richtung der KPD hat geglaubt, dem politischen Erfolg zuliebe sich mit der von den Sozialdemokraten Mosauer Richtung abgeplatteten Entschiedenheiten (EW) vereinigen zu sollen. Dieser Schritt, in halber Frühlingseinstimmung beschlossen, im Juni förmlich gefordert, ist inzwischen vollzogen worden. Jetzt sind die Frühlingstage schon vorüber, und der Stagnationswinter hat sich eingestellt.

Diese Vorgänge, so geringfügig sie heute zahlenmäßig betrachtet sein mögen, sind von außerordentlicher Bedeutung. Denn so wie die allgemeine Lage heute in Deutschland ist, vollzieht sich die Um- und Neugruppierung der Kräfte, die künftig einmal in der deutschen Revolution führen werden, kaum beachtet in kleinen Arbeiterorganisationen. Hier kristallisiert sich der Kern neu, von dem aus einmal Weltgeschichte ausgehen wird, nicht in den leblos gewordenen Kleinvereinen.

Die Hochzeit der Berliner KPD mit der EW (Schwarzgruppe) sollte angeblich den Ring der Isolierung um die revolutionären Kräfte sprengen, diese Kräfte selbst durch Vereinigung zu stärken und damit zu positiven politischen Erfolgen zu kommen. Dieser Gedanke, gleichgültig ob er richtig gemeint war oder nicht, hat sich heute schon als schwerer Irrtum erwiesen. Es konnte auch garnicht anders sein. Denn man hatte mit gleichem Blick auf den zahlenmäßigen Zuwachs stierend, alles vergessen, was die KPD mühsam aus jahrelanger Praxis gelernt hatte. Man hatte vor allem vergessen, daß eine revolutionäre Partei nicht rasch wachsen darf, als sie den Zuwachs verdauen kann. Man hatte ferner sich auf die Macht äußerer Formeln — Antiparliamentarismus, E. D. statt Gewerkschaft — verlassen, statt auf die Macht der revolutionären Bewusstseins, die Partei aller solcher einzelnen Entscheidungen. Man hatte darüber (von lange vorher!) den Grundgedanken der Organisation von unten auf vergessen, und sich statt dessen auf Verhändlungen von Kopf zu Kopf, noch dazu mit einer Organisation Konterrevolutionären Ursprungs eingelassen; denn die EW ist, bei allem guten Willen ihrer einzelnen Mitglieder, als Organisation ein Splitter der KPD. Man hatte viertens die ganze Anschlagkampagne geführt im Zeichen eines Kampfes gegen das heutige Sowjetrußland; mag dieser Kampf zur Stärkung der Arbeiter der EW zeitweise nützlich gewesen sein, so war es doch ein Kampf fast ausschließlich gegen das heutige Rußland, der Granatenspitze der Büchardinger Bundesheertheorie und der Blamaze mit dem bürgerlichen China; der Kampf gegen die Wurzeln des Leninismus, gegen Führer und Parteibürokratie, trat dabei ebenso in den Hintergrund wie die positiven Ertragsleistungen der ersten revolutionären Zeit der russischen Umwälzung, vor allem die Räte. Schließlich wurde der Kampf geführt in einer künstlich erdichteten Atmosphäre von Revolutionsromantik mit einer Spekulation auf das zum „Rückblick“ neigende Temperament, deren die man gewinnen wollte, mit einem in sich hohen Aufwand von Aktionsparolen und gemächlicher Aufregung.

Damit zeigte man, daß man verlegen hat, daß rasche Entwicklung des revolutionären Bewusstseins im Proletariat nur vor sich geht in Zeiten großer politischer Ereignisse, während sonst immer nur einzelne mit gutem Aufwand von schiller-

Überzeugungsarbeit zu gewinnen sind. Oder, wenn man das nicht vergessen hatte, so gab man sich der irrigen Hoffnung hin, durch die fetten Buchstaben in den Zeitungsüberschriften die Gehirne selbst verlegen zu können — die sich sonst in diesen Buchstaben nur wieder spiegelt.

Und da große politische Ereignisse — solche die das Proletariat von selbst auf die Straße führen nicht zu entdecken waren, „mußte man an“ an die „Lagenhilfe“, machte die Politik des Rabulaten „Offene Briefe“, gab die Arbeiter-Union den herumtrotzenden hungerigen Schälalen der EW als eine Art von Gewerkschaftspreis. Während man im Gegenteil offen heraus die halbe Wahrheit hätte sagen müssen, daß Union- und Betriebsorganisationen heute, wenn sie nicht zu minderwertigen Gewerkschaften entarten sollten, höchstens als propagandistische Gruppen in den Betrieben bestehen können, und daß bei weitem die Stammpartei heute in der einschlägigen politischen Aufklärungsarbeit der Partei liegt.

Nun, die Frühlingstage sind vorbei. Die heule von der EW, an die bürgerlichen Organisationsmethoden der KPD noch allzusehr gewöhnt, haben die Bezüge und Ortsgruppen der Berliner Richtung der KPD vielfach überannt. Die alten Genossen, die sich noch einen Rest ihrer früheren Erkenntnisse gewahrt haben, haben begonnen sich zur Wehr zu setzen. Schneller als wir dachten ist gekommen, was wir voraus gewußt haben! Aus der Hochzeitsfeier ist die Kellerei entstanden, aus der Vereinigung die organisatorische Zerlegung der KPD Berliner Richtung, mit Beitragsperren, handgreiflichen Zusammenstößen und allem Zubehör.

Der „Proletariat“ hat in den letzten zwei Nummern eine ausgezeichnete klare Darlegung eines angelegenen holländischen Genossen über „Prinzip und Taktik“ gebracht. Die Taktiker, die die Vereinigung mit der EW auf dem Gewissen haben, wollen die Wahheiten dieses Aufsches noch heute nicht anerkennen; sie sind gewungen, ihre Führerpolitik bis zum bitteren Ende fortzuführen. Aber vielleicht kommen manche von den anderen alten Genossen zur Befinnung auf die Prinzipien, die sie einmal als richtig erkannt haben.

Es ist zu hoffen. Denn was auch aus den zerplitterten KPD-Organisationen werden mag — die kommunistische Arbeiterbewegung wird nicht untergehen.

Politische Notizen

Die Republik scheidet sich ihre Leute. Mit Weiden, bei denen kein Auge trocken bleibt, hat der Reichsfinanzminister angeknüpft, daß den Beamten, beglückten und vielfach überhöhten Beamten endlich geholfen werden solle. Zur Einberung ihrer „Räte“ bekommen sie 20-30 Prozent auf ihre Gehälter zugesprochen, die höheren Mandatäre natürlich mehr als die unteren, und o Wunder, es soll nicht einmal mehr Steuern kosten. Wie heißt das alte Studentenlied? „Und der Herr Finanz lequidiert mit Glanz“. Im Reich wenigstens. Die Länder und Gemeinden können sich nicht gut lumpen lassen, und hier wird das dies Ende mit den Steuern natürlich nachkommen.

Diese Ankündigung höherer Beamten-Gehälter hat gerade noch gefehlt, um den allmählich ansteigenden Warenpreisen einen entscheidenden Stoß nach oben zu geben. Jetzt leitet sie mit frischem Mut nach oben. Lebensmittel, Bekleidung, Baustoffe, gestiegene Miete, alles geht nunmehr in die Höhe. Die Lebenshaltungskosten, seit dem Frühjahr etwa um 10 vom Hundert gestiegen, werden bald weitere 10 bis 15 % eingebli.

Es ist begreiflich, daß die Arbeiter auch etwas von dem Segen abbekommen müßten, der auf die pensionierten Beamten, die Schulmeister und Böhnen der Republik niederkraufelt. Es müßten gern und willig nicht wie. Die „bedürftigen“ Gewerkschaften haben natürlich die Sache in die Hand genommen, und man sieht an der Geschichte der westfälischen Textilarbeiter — Ausprägung und der Berliner Eisenbahnerbewegung, daß sie nichts von ihrem alten Methoden der Zerplitterung, der endlosen Verhandlung, der Ermüdungsstrategie gegen die Arbeiter — und schließlich der propagan-

dischen Auswertung für ihre Stützorganisationen schätze verlernt haben. Die Arbeiter glauben meistens selbst nicht recht an einen Erfolg, aber die sie nichts Besseres wissen, und da sie sogar von den „revolutionären“ Moskau-Agenten — und von denen gerade am schärfsten — in den Gewerkschaften hineingelockt und mit allen Terrormitteln hiengegen geprüft werden, so laufen sie eben mit.

Am 2. Oktober die Feier für „unseren allverehrten“ obersten Feldherrn den Hindenburg. Eine Demonstration für die Einheitsfront der bürgerlichen Klasse unter den gleich berechtigten Zeichen des Militarismus und der neuen Republik. Die KPD macht dazu die allertreueste Opposition, ohne da ein solches Fest keinen rechten Reiz hat, und man wird höchst gebietet, sich nicht über die Hindenburg-Galun-Berträge, die Büchardinger Bündnisthron und ähnliche Themen zu unterhalten.

Der Ausschluß Trozki's aus der Exekutive der Komintern ist, so wenig wie die grundsätzliche Bedeutung der Opposition in der russischen Partei übersehbar wollen, ein Signal für den 1. März 1927 in inneren Zustand der Partei. Vor allem wenn man dazu erinnert, daß kurz vorher in Moskau von der Opposition aus der Partei ausgeschlossen worden unter der Beschuldigung, eine Geheimdruckerei unterhalten zu haben; unter ihnen waren einige alte Bolschewisten. Eine Geheimdruckerei in heutigen Rußland ist eine bemerkenswerte Tatsache die klar beweist, daß die revolutionär gefassten Kräfte in der bolschewistischen Partei anfangen, ernsthaft gegen den Stalin-Sturz zu revidieren. Wären die intellektuellen Parteileute, die in der Gefolgschaft Trozki's diesen Versuch stützten, hauptsächlich persönliche Ziele gehabt haben, so hätten sie doch niemals diesen Versuch gewagt, wenn sie nicht den Gehalt hatten, Widerhall in den Arbeitermassen zu finden.

Diese Bewegung wird noch zu keiner Entscheidung führen; die deutschen Trozkiisten, die heute um Moskau und nach Peking hoffen zwar an eine Klärung, natürlich innerhalb der Partei und der Komintern; aber sie werden sich ihren „Reinigen“ des Parteiparates werden erschließen die Bewegung zu halten, die schmerzhaften Schritte in die Weite zu ziehen, sie werden Trozki's verurteilen auch aus der Partei ausschließen, und gänzlich wird noch nichts geschehen. Aber nach Zerstreung der beroppositiionellen Führergruppen werden die russischen Arbeiter in der Erkenntnis der Konterrevolutionären Politik ihrer heutigen Regierung ein Stück weiter sein.

In der äußeren Politik werden die Genossinnen immer schwächer. — Davon das nächste Mal.

Was ist die Republik?

Demokratie ist die Herrschaft des Kapitals, das so stark ist, so veranlagt in den Aufstößen der Volksmassen, daß es sich den Luxus erlauben kann, ihnen die Freiheit zu gewähren, aber die Staatsangelegenheiten zu regieren. Ein weitergehende Demokratie gibt es in der modernen Gesellschaft nicht, denn wo die Volksmassen nur eine Willensmacht aus ihrer Abhängigkeit das Bestimmungsgewalt über das Staat gegen den Willen seiner kapitalistischen Beherrscher zu demütigen, geht die Demokratie verloren. Die moderne Demokratie ist eine Schiffe der Kapitalherrschaft. Es ist überhaupt unmöglich anzunehmen, man könne auf friedlichen Wege, durch reine Diskussion, ohne Revolution das Stürzen der Volksmassen gegen ihre eigene Kräfte überwinden. Nur in der Revolution können die Vorkämpfer der Arbeiterklasse die Herrschaft der Volksmassen wiederherstellen. Die Revolution besteht darin, daß sie ein Bürgerrecht ist, und Klassen, die sich mit Rationen und Wohltätigkeitswerken beschränken, verdrängen auf das demokratische Bewußtsein. Die Revolution besteht nicht in ihren Feinden, sie besteht in der Konterrevolution, die das feste und teure werden den Versuch zu fragen wissen, was die Geschichte überwinden soll. Die Revolution ist keine demokratische Regierungsform, sie ist die Form der Arbeiterregierung, die zeigt, daß ihre Klassencharakter, verdrängt ihn nicht mit demokratischen Phrasen, aber sie ist gleichzeitig die Regierungsform, in der die Wille der revolutionären Arbeiterklasse klar, unabweisbar und schicksallos ausgedrückt kann.

(Karl Radek: Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, 1919.)

Zuschriften und Geldsendungen an Gustav Herrmann, Berlin-Schlesien, Schloßstr. 128. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Carl Gierke, Berlin-Friedrichshagen. Verlag: Carl Gierke, Berlin-Friedrichshagen. Druck: Müller'sche Buchdruckerei, Berlin-Schlesien.

Jahrg. 1927 erscheint monatlich 1 mal

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Angeschlossen der Kommunistischen Arbeiter-Internationale

Nr. 10 Preis 10 Pf. Erscheint monatlich 1 mal

int. Institut Soc. Geschichte Amsterdam

Der kommende Krieg

Rußland auf der „Abrüstungs“-Konferenz

Tschitscherin teilte dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch mit, daß Rußland sich an der vorbereitenden Abrüstungskommission beteiligen wolle. Na also! Es ist erreicht! Der 10. Jahrestag der russischen Revolution kann nicht würdiger begangen werden als durch die Teilnahme der „Sowjets“ an der dreitesten Abrüstungskommission, die von der internationalen Bourgeoisie inszeniert werden soll. Diese „Abrüstungs“-Konferenz ist in Wirklichkeit die Vorbereitung für das nächste Völkermorden. Da im Ernstfalle dem „Arbeiterstaat“ Rußland natürlich eine führende Rolle zugesprochen ist, so erscheint es nur logisch, wenn er sich rechtzeitig an den vorbereitenden militärpolitischen Aktionen beteiligen lassen will. Alle moralischen-sentimentalen Erwägungen beiseite — eine Tatsache bleibt jedenfalls der Beachtung wert: die brutale Konsequenz, mit der die Stalin-Leute ihre antiproletarische Politik bis an die Grenze des Möglichen weitertreiben.

Unter Geschäftsaufsicht

Die Hüter der Novemberrepublik sind schmerzhaft daran erinnert worden, daß ihre Firma unter Geschäftsaufsicht steht. Die in der Form noch eben höfliche, in der Sache vernichtende Kritik, die der Aufsichtsführende, der Reparationsagent Parker Gilbert, an der Borg- und Schleuder-Wirtschaft der deutschen Bourgeoisie geübt hat, hat mit einem Male die Schleier zerrissen, die eine leidliche Konjunktur über den unausgefüllten Abgrund des Reparations- und Kriegsschuldenproblems gebreitet hatte. Damit ist die Existenzfrage dieser Republik von neuem auf die Tagesordnung gesetzt. Die Gläubiger, die bisher freundlich weiter geborgt hatten, kloppen jetzt mit hartem Finger an die Tür und erklären, es gehe so nicht weiter. Das amerikanische Bankkapital fürchtet für die Zinsen die ungeheuren Summen, die es in das deutsche Geschäft gesteckt hat; die englischen Finanzleute, die durch ihre Hüter die diplomatischen Sätze Parker Gilbert's schleunigst in die größere Sprache des politischen Geschäfts übersetzen ließen, benutzen die Gelegenheit nicht ungern, auf die deutsche Regierung einen politischen Druck auszuüben. Die deutschen Kapitalisten lassen zwar in ihrer General-Anzeiger-Pressen flüchtig mit der Dawes-Kette raschen, wissen aber schon, auf wen die Last der er-

zwungenen Sparsamkeit abzuwälzen ist. Nämlich einmal durch eine Einschränkung der „sozialen Lasten“ auf die Arbeiterklasse, sondern durch Verwaltungsreform auf den „Staat“. Was bedeutet der plötzliche Ruf nach Verwaltungsreform, nach Abbau in der Staatsverwaltung, ja: nach dem „Einheitsstaat“. Das große Kapital sieht ein, daß sein staatlicher Apparat zu teuer ist, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Kleinstaaterei unnützes Geld kostet, daß die Hälfte der Beamten viel besser als Arbeitskräfte im Produktionsprozeß ausgebaut würde. Der Streik um die Finanzen tritt auf im Kleide eines Streites um die Verfassung. Außerdem aber ist der deutsche Einheitsstaat eine Parole, von der man sich für die kommenden Wahlen Zugkraft verspricht.

In Wahrheit kann die Bourgeoisie weder allein noch mit Hilfe der Sozialdemokratie dieses Ziel erreichen. Der deutsche Einheitsstaat, so sehr er in der Linie der kapitalistischen Entwicklung liegt, kann nur auf revolutionärem Wege erreicht werden. Bei jedem ernstlichen Schritte in dieser Richtung müßte ein Kampf aller gegen alle ausbrechen, den die Machthaber jeder Richtung fürchten müssen wie das höllische Feuer.

Vor der Spaltung in Rußland

Die innere Lage der bolschewistischen Partei beginnt sich als ernsthaft gefährdet zu erweisen. Der Block der inner-russischen Opposition, vor kurzem von Stalin noch durch den Hinauswurf von Trozki und Sinowjew aus dem Zentral-Komitee vor den Bauch getreten, schwankt zwischen Spaltung bzw. Neugründung einer Partei und Fortsetzung der inneren Fraktionsarbeit hin und her. Es gibt dabei alte Bolschewiki, ehrliche Revolutionäre, wenn auch Leninisten, die der Überzeugung sind, daß die Parteisplaltung praktisch den Bürgerkrieg bedeuten würde, und daß hierfür die Organisation der Opposition noch nicht ausreicht. Auch wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Kurs Stalins, obwohl an sich schon bonapartistisch, doch den Klassenkräften des Nep und des Kntakentums noch zu links sei, und daß daher mit einem baldigen Auftreten der Kräfte des neuen russischen Kapitalismus gegen Stalin, für Befestigung des Außenhandelsmonopols, für demokratische Pressefreiheit usw. eventuell mit Gewalt zu rechnen sei. Erst im Gegenstoß gegen eine solche konterrevolutionäre Erhebung werde, so hoffen diese Oppositionellen, die bolschewistische Partei das Regime der Stalin und Bucharin abschütteln und wieder zur revolutionären Partei des russischen Proletariats werden.

Auf Grund solcher Spekulationen haben nun auch ausländische Gruppen, die der Trozki-Opposition nahestehen, wie in Deutschland die Urbahnsleute, beschlossen, vorläufig von der offenen Spaltung und der Gründung einer neuen Partei bzw.

einer neuen Internationale abzusehen. Sie verschweigen dabei ihren Mitgliedern, daß die neue russische Bourgeoisie, wie schon aus der jetzigen Entwicklung klar zu ersehen ist, ihren Theodor auf kaltem Wege zu erreichen hofft und diesem Ziel ja auch mit Riesenschritten zueilt, unterstützt von Stalin, Bucharin und ihren Leuten, gedeckt von den Scheinwuschelgerieren des Sinowjewschen Führerklingels und seines Mischmaschs von Rechts- und Halblinks-Opposition.

Denn die Sowjets und sogar die Parteizellen auf dem Lande bestehen heute schon zu 60 Prozent aus wohlhabenden Kulaken. Und ein Professor, Sowjetbeamter in der Mandschurei, konnte bereits in einem sowjetrussischen Blatt seinen Gesinnungsgenossen öffentlich den Rat geben, Geduld zu haben, keine Patente zu machen, da man sicher auf friedlichem Wege bald zur bürgerlichen Demokratie gelangen werde.

Der kommende Krieg u. die Ohnmacht des Pazifismus

In der Tat: es gibt kein heilsameres Schlafmittel als die Lektüre des „Vorwärts“. Wie muß ein Leserkreis beschaffen sein, der jahrein — jahrs aus demartigen verträglich Welche Qualitäten von Stumpfheit, politischem Unverständnis und Temperamentlosigkeit müssen hier zusammenkommen, um eine Blindheit zu erklären, die nicht über die Tatsache stolpert, daß ein Blatt mit dem alarmierenden Namen: „Vorwärts“ in Wirklichkeit längst das Gegenteil dessen bedeutet, was es immer noch zu sein vorgibt! Freilich, diese reichlich angegrante Generation von Zeitungslasern steht jenseits aller weltbewegenden Probleme. Dicht neben ihrem Laubbengelände haben sie den Glauben an die Demokratie gepachtet. In der Schlichtungsordnung erblicken sie einen wohlthätigen Ersatz für kraft- und zeitraubende Klassenkämpfe und sind infolgedessen überzeugt, daß bei den nächsten Parlamentswahlen der Sozialismus marschieren wird. Was so nebenbei noch da dransien in der Welt passiert, kann ihnen gut abgelenkten Optimismus nicht mehr als der Fassung bringen. Die Sonne von Genf verklärt alle harten Kanten der Weltpolitik mit rosigem Schein. Der Völkerbund ist die Organisation des europäischen Friedens. Die Genossen Breitscheid und Boncour sorgen dafür, daß der Geist von Locarno ihren Völkern erhalten bleibe. Alle auftauchenden Konflikte werden durch internationales Recht, obligatorisches Schiedsgericht sowie demnächst beginnende Abrüstung mühelos beigelegt.

Das ist leider keine Karrikatur. Es ist trostlose Wahrheit. Die große Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse hat keine Ahnung von den Wetterwolken, die den politischen Horizont verdunkeln. Was schlimmer ist: sie sieht nicht den ursächlichen Zusammenhang, der zwischen der Politik der „Vorkerbefreunden“ Sozialdemokratie und der bedrohlichen Zuspitzung der internationalen Situation be-